„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch:
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Konservative Zollpolitik

Die vom konservativen Premier R. B. Bennett eingebrachte und von der konservativen Mehrheit des Parlaments angenommene Schutzzoll-Vorlage soll angeblich der Arbeitslosigkeit in Canada ein Ende bereiten. Das ist wohl eine ganz neue Idee, die nach Ansicht hervorragender Volkswirtschaftler aber auf einer gründlichen Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge beruht.

Die Zölle haben bis jetzt nur zwei Zwecken gedient, erstens der Erhöhung der Staatseinnahmen und zweitens dem Schutze der inländischen Produzenten gegen eine übermächtige Konkurrenz des Auslandes. Der letztere Zweck wird dadurch erreicht, daß die Ueberschwemmung eines Landes mit billigen ausländischen Waren zurückgedämmt und nach Möglichkeit unterbunden wird, um den inländischen Industrien so den Wettbewerb zu möglichst hohen Preisen zu erleichtern. Insofern könnte theoretisch vielleicht ein vernünftig angewandter Schutzzoll auch die Lage des Arbeitsmarktes verbessern, vorausgesetzt, daß das in Frage kommende Land über die Urprodukte für seine Industrie in genügendem Maße verfügt oder sie zu mäßigen Preisen aus dem Auslande beziehen kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre sprechen jedoch gegen übertriebene Hoffnungen auf die Schutzzollpolitik, soweit die Beschäftigungsmöglichkeiten für größere Arbeitermassen in Frage kommen. Die Vereinigten Staaten leiden trotz ihres unsinnig erhöhten Zolltarifs unter einer Wirtschaftskrise und einer Arbeitslosigkeit, wie sie die Union vielleicht noch nie in ähnlicher Form erlebt hat. Dabei ist zu bedenken, daß unser Nachbar im Süden mehr Rohmaterialien als wir Canadier und einen technisch hochstehenden Industrieapparat besitzt. Australien, das ebenfalls von einer Hochschutzzollpolitik sich das Heil und wahre Wunder versprach, ist dem Bankerott nahe. Die europäischen Länder konnten durch Schutzzölle ebenso wenig das bei ihnen herrschende Wirtschaftselend beheben oder bessern.

Im allgemeinen bewirkt die Schutzzollpolitik hauptsächlich die Hochhaltung oder sogar Erhöhung der Preise und mithin eine Verteuerung der Lebenshaltung. Was dem Arbeiter vielleicht durch eine lohnbringende Beschäftigung an Verdienst zugeführt wird, wird ihm auf der anderen Seite durch höhere Preise wieder aus der Tasche gezogen, ganz zu schweigen von den übrigen großen Konsumentenmassen, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Ein weiterer bedenklicher Nachteil einer jeden Schutzzollpolitik ist die Verschärfung der handelspolitischen Spannung zwischen dem Schutzzolland und seinen Einfuhr- und Ausfuhrländern.

Wie im „Courier" schon oft betont worden ist, beruht der internationale Handel auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Will Canada seine Produkte in großer Menge nach gewissen Ländern ausführen oder ihnen dazu einen Anreiz bieten, so muß natürlich in erster Linie genügende Nachfrage nach unseren canadischen Erzeugnissen vorhanden sein, aber zweitens auch von canadischer Seite den betreffenden Ländern eine Erleichterung zur Einfuhr ihrer Produkte gewährt werden. Jedes Land ist darauf bedacht, seine internationale Handelsbilanz so günstig wie möglich zu gestalten. Auf dieses berechtigte Selbstinteresse muß von einer weitschauenden Regierung bei Festlegung einer Zollpolitik Rücksicht genommen werden. Canada ist am wenigsten in der Lage, fremden Ländern zu diktieren, wie es sich in den letzten Monaten zur Genüge gezeigt hat. Es ist vielmehr auf den guten Willen seiner ehemaligen Kunden angewiesen, die wie Großbritannien, Frankreich, Holland, Deutschland usw. sich von ihm abwenden, wenn sie ihren Weizen in Argentinien oder Rußland ebenso billig oder billiger kaufen können, während Canada darauf ausgeht, sich durch eine Zollmauer gegen die Einfuhr ausländischer Industrieprodukte zu schützen.

Der Farmerweizen stand schon immer und steht heute angesichts seiner schwierigen Wirtschaftslage erst recht der konservativen Schutzzollpolitik sehr mißtrauisch gegenüber. Die Zollvorlage ist im Parlament bereits als eine Maßnahme verurteilt worden, aus welcher „die zollgeschützten Profitmacher des Ostens Gewinn ziehen können," während die Lage für die Farmer nur noch mehr erschwert werde. Das Mißtrauen gegen die Konservativen wäre jedoch zur Wahlzeit besser angebracht gewesen als jetzt, da die Regierung nunmehr über eine hinreichende Mehrheit im Unterhaus zu Ottawa verfügt, zu der auch so mancher Wahlkreis unseres Farmerweizens beigetragen hat. Nun erhalten wir eine bittere, aber heilsame Lehre, die uns in Zukunft vielleicht zu stärkerem Mißtrauen zur rechten Zeit veranlassen wird. Leider ist es so, nicht nur im täglichen Leben, sondern auch in der großen Politik, daß viele erst durch Schaden klug werden müssen. Die konservativen Großkapitalisten, die hinter Bennett stehen und ihn beeinflussen, kümmern sich wenig oder gar nicht um das Wohlergehen der Farmer, das uns im Westen besonders am Herzen liegen muß, weil die Farmwirtschaft hier die Grundlage unseres ganzen übrigen Wirtschaftslebens ist.

Hoffentlich tragen die Erfahrungen, die wir mit der Sondersession in Ottawa gemacht haben, dazu bei, daß die Wähler nicht nur die Abgeordneten auf der Oppositionsseite, sondern auch die Vertreter des Westens auf der Regierungsseite des Unterhauses zu schärfstem Widerstand gegen weitere Schädigungen unserer Interessen mobil machen.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Hindenburg über die Lage

Reichspräsident Paul von Hindenburg teilte durch seinen Reichskanzler, Dr. Brüning, der Assoziierten Presse sein Vertrauen in die Fortdauer der Stabilität und Ruhe in Deutschland trotz der radikalen Erfolge bei den letzten Wahlen mit. Präsident von Hindenburgs Haltung nicht nur als Präsident des Reiches, sondern auch als Oberkommandierender des Heeres und der Marine und als Hüter der republikanischen Verfassung wurde durch Reichskanzler Brüning in einem Interview mit der Assoziierten Presse nach einer Konferenz mit dem Präsidenten bestätigt.

Der Kanzler selbst versicherte dem Korrespondenten, daß er keine Gefahr irgendeines Putsches in irgendwelchem Gebiete des Deutschen Reiches sähe und erlaubte die Veröffentlichung der folgenden Erklärung:

„Reichspräsident von Hindenburg ist von verschiedenen Vertretern nordamerikanischer Zeitungen ersucht worden, seine Meinung über die alarmierenden Gerüchte über die Lage in Deutschland mitzuteilen, die in den beiden letzten Tagen besonders in den Vereinigten Staaten in Umlauf gekommen sind.

„Der Reichspräsident hat, wie üblich keine direkte Antwort gegeben. Er sprach indessen mit mir und erlaubte mir zu sagen, daß er durchaus mit der Schilderung der Lage übereinstimmt, die ich Ihnen am letzten Sonnabend gab.

„Der Präsident teilt durchaus die Meinung, daß keinerlei Gefahr eines Putsches in irgendeinem Teile Deutschlands besteht, und daß die bestehenden Organe des Gesetzes vollkommen ausreichend sind, um Frieden und Ordnung innerhalb Kurzer Zeit wiederherzustellen.

„Weiterhin gab Präsident von Hindenburg mir in seiner Besprechung ausdrückliche Zustimmung zu der Absicht der Regierung, mit allen Mitteln die finanziellen Maßnahmen durchzuführen, die vor einiger Zeit zugunsten des Wirtschaftssystems des Landes und des deutschen Volkes begonnen wurden. Dabei setzt der Reichspräsident sein Vertrauen in den gesunden Menschenverstand des deutschen Volkes und erwartet, daß trotz der ungewöhnlich schwierigen inneren und äußeren Lage des Reiches diese Arbeiten auf Grund der bestehenden Verfassung durchgeführt werden können."

Ein neuer Weltkrieg?

Nach einer zweimonatlichen Rundreise durch Europa kehrte Fred A. Britten, der Vorsitzende des amerikanischen Haus-Komitees für Marine-Angelegenheiten, an Bord der „Leviathan" in die Ver. Staaten zurück und war äußerst beunruhigt über die Möglichkeit des Ausbruches eines neuen Weltkrieges.

„Europa ist viel schwerer bewaffnet und bedeutend nervöser als 1912, zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges, der die Welt erschütterte," sagte Britten. „Die kürzlichen Manöver der französischen Armee an der italienischen Grenze im Zusammenhang mit den Flottendemonstrationen unweit Toulon bedeuteten nicht mehr und nicht weniger als eine freimütige Antwort Frankreichs auf das andauernde Säbelrasseln Mussolinis. Sollte die Explosion zum Ausbruch kommen, dann wird unverzüglich eine Gruppierung der Mächte einsetzen, die wiederum fast ganz Europa in den Krieg verwickeln wird. Deutschland und Rußland werden dabei eine überragende Rolle spielen.

„Der Ausfall der Wahlen in Deutschland läßt eine Revision des Versailler-Vertrages ahnen. Die alten Grenzen werden wieder zur Geltung kommen; Präsident Wilsons 14 Punkte, die den Waffenstillstand herbeiführten, werden in die Erinnerung zurückgerufen werden, und das „Recht der Selbstbestimmung" wird etwas gewissenhafter zur Anwendung gebracht werden, als es bisher geschehen ist. Danach wird die Welt zu der Ueberzeugung kommen, daß der Weltkrieg vergeblich geführt wurde."

Wir wollen hoffen, daß die Prophezeiung eines neuen Weltkrieges sich nicht verwirklicht, obwohl gewiß die Spannung in Europa sich ganz bedenklich verstärkt hat. Es gibt nur eine Lösung und nur eine Rettung für die Welt: der Aufbau eines neuen Europa auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Freiheit. Die Unterdrückung und Knechtung großer Kulturvölker hat sich bitter gerächt und muß zu einer neuen Katastrophe führen, wenn nicht bald die Vernunft über den Wahnsinn der Friedensmacher von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly triumphiert.

Weltumschau

Freiherr von Gebsattel gestorben. Freiherr Ludwig von Gebsattel, General der Kavallerie a. D., ist an den Folgen einer Operation im 73. Lebensjahre verschieden. Er war einer der hervorragendsten deutschen Kavalleriführer und während des Weltkrieges Kommandeur des 3. Bayerischen Armeekorps. Vor drei Jahren beging er sein 50jähriges Militärjubiläum.

Der Verstorbene entstammte einem alten fränkischen Adelsgeschlecht und hat in Kriegs- und Friedenszeiten dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet. Er gehörte zeitweise dem Großen Generalstabe an, nahm an der China-Expedition unter Graf Waldersee teil und kam 1905 als bayerischer Militär- und Bundesratsbevollmächtigter nach Berlin. Bei Beginn des Weltkrieges führte General v. Gebsattel sein Korps; in den siegreichen Schlachten in Elsaß-Lothringen und zwischen Maas und Mosel und erstürmte am 25. September 1914 das Fort Camp de Romains bei St. Mihiel. Der weiteren Oeffentlichkeit wurde General v. Gebsattel außerdem durch seine rege politische Schriftstellerei bekannt, durch die er sich zu einem der markantesten Wortführer der Alldeutschen machte.

Oesterreichische Kabinettskrise. Wegen der Forderung des österreichischen Vize-Bundeskanzlers Karl Vaugoin, daß Dr. Strafella, einer der Führer der Heimwehren, zum leitenden Direktor der österreichischen Staatsbahnen ernannt werden soll, ist heute in Oesterreich eine unerwartete Kabinettskrise entstanden. Der Bundeskanzler Johann Schober lehnt das Ansinnen des Vizekanzlers entschieden ab. Er sagt, daß gewisse Privatgeschäfte des Dr. Strafella in einem jüngsten Prozeßverfahren vom Richter als „unsauber und unziemlich" gerügt worden seien. Auch der Handels- und Verkehrsminister Schuster wehrt sich gegen die vorgeschlagene Ernennung des Dr. Strafella zum Leiter der österreichischen Staatsbahnen. Er und der Bundeskanzler haben angedroht, daß sie lieber zurücktreten würden als einer solchen Ernennung zuzustimmen.

Stürme an europäischen Küsten. Aequinoktialstürme, die stellenweise eine Kraft von 80 bis 100 Meilen die Stunde erreichten, tobten längs der atlantischen Küste Frankreichs und dem Gelände des Aermelkanals. Ungefähr 40 Schiffe haben in Häfen Zuflucht gesucht und nach den vorliegenden Meldungen haben mindestens acht Seeleute und eine Frau und ein Kind in dem Aufruhr der Elemente den Tod gefunden. Siebzehn Schiffe lagen in Cherbourg vor Anker, 12 haben in Brest und weitere 7 in Lorient an der Südküste der Bretagne Zuflucht gefunden. Viele dieser Schiffe haben durch Sturm und Wogen ihre Takelage und Kommandobrücke verloren.

Der griechische Dampfer „Theodorus Bulgaris" mit 2767 Tonnen Rauminhalt, der am 11. August von Istanbul abfuhr, wurde in sinkendem Zustand von seiner Besatzung im Stiche gelassen und treibt jetzt als Wrack im Fahrwasser der Schiffe, die zwischen Kanalhäfen und Gibraltar und Südamerika verkehren. Zwei der Mannschaften ertranken, bevor es dem zu Hilfe geeilten Dampfer „British Advocate" gelang, die übrigen Seeleute an Bord zu nehmen. Der französische Passagierdampfer „Rochambeau" hatte 11 Stunden zum Beistand beigelegt. Bei Ankunft der „Rochambeau" in Havre meldete der Kapitän, daß das Unwetter eines der schlimmsten in seiner 30jährigen Erfahrung als Seemann war. Ein anderer Frachtdampfer, das italienische Schiff „Vibaldi", zum Teil unter Wasser, wurde von dem Hochsee-Schlepper „Troise" in den Hafen von Brest gebracht.

Mit Flagge auf Halbmast erreichte der britische Dampfer „Illingsworth" den Hafen von Havre. Der dritte Maschinist des Schiffes war von einer Sturzwelle in der Biscaya-Bai über Bord geschwemmt worden.

Der Fischerdampfer „Notre Dame" landete in Boulogne zwei Ueberlebende des holländischen Schooners „Fourhod". Der Kapitän, seine Gattin und ihr 3jähriges Kind sind in dem Unwetter ertrunken. An Bord des amerikanischen Frachtdampfers „Oregon" wurde ein Kajütenjunge durch einen plötzlich reißenden Kabeltrag getötet, während das Schiff vor dem Hafen von Havre in den sturmgepeitschten Wogen trieb.

Französische „Abrüstung". Eine Erhöhung von 750,000,000 Franken für Frankreichs Rüstungsausgaben wurde bekannt, als die Zahlen des Finanzministers für das nächste Fiskaljahr an das Kabinett übergeben wurden. Während Ministerpräsident Tardieu's Sparverordnungen in Kraft gesetzt wurden und das Kabinett die Vorschläge mit einer runden Summe, die etwas unter dem laufenden Haushaltplan war, guthieß, beträgt die Gesamtsumme 50,100,000,000 Franken (ungefähr 82,000,000,000). Ungefähr 6,000,000,000 Franken wurden von den Schätzungen gestrichen, damit die Steuern nicht erhöht zu werden brauchen. Den Kriegs-, Marine- und Luftfahrt-Ministerien und andern militärischen Departements wurden 12,200,000,000 Franken, beinahe ein Viertel der Gesamtsumme bewilligt. Dies ist Dreiviertel einer Milliarde Franken mehr, als die jetzigen Haushaltszahlen für Rüstungen. Ferner werden die großen Extra-Anleihen verfügbar sein, die bereits für ein gewaltiges System der Grenzverteidigung bestimmt wurden.

Abbruch der französ.-italien. Verhandlungen. Die französische Forderung, bis zum Jahre 1936 fünfzig Prozent mehr Schiffe zu bauen als Italien, hat, wie an autoritativer Stelle in Erfahrung gebracht wurde, den Abbruch der Verhandlungen in Genf über die zukünftige Flottenstärke der beiden Länder herbeigeführt. Es wird erklärt, daß, während die Italiener auf eine bestimmte Antwort Frankreichs auf einen Vorschlag gewartet haben, der das Maximum der italienischen Zugeständnisse enthielt, die Prüfung der italienischen Formel plötzlich eingestellt wurde und Frankreich selbst mit einem Vorschlag hervortrat. Die italienischen Sachverständigen konnten die neuen Vorschläge nicht diskutieren und informierten ihre Regierung, daß, so lange von Frankreich kein anderer Vorschlag zu erwarten sei, nach ihrer Ansicht keine Möglichkeit für die Fortsetzung der Verhandlungen bestehe.

Sowjet-Angst vor Umsturz. Die russische Regierung gab bekannt, daß die Ogpu, die russische Geheimpolizei, ein von England aus angezettelteS großes gegenrevolutionäres Komplott aufgedeckt hat, um die Diktatur des Proletariats in Rußland zu stürzen und an seine Stelle eine Bürger-Republik zu setzen. Innerhalb der Sowjetämter zur Verteilung von Fleisch, Fischen, Gemüsen und anderer Nahrungsmittel und auch im Handelskommissariat und anderen Wirtschaftsinstituten Rußlands sollen sich Mitglieder einer Verschwörergesellschaft eingenistet haben, welche einen Nahrungsmangel im ganzen Lande zu erzeugen und den darob zu erwartenden Groll der Bevölkerung für einen Umsturz auszunutzen trachteten.

An der Spitze des Komplotts stand, wie die Polizei ermittelte, Professor Alexander Ryalantzew, der die Sowjet-Regierung mit der Leitung der Abteilung für Fleischwaren im Nahrungsamt betraut hatte, obwohl er früher ein reicher Großgrundbesitzer und General in der Zarenarmee gewesen war. Seine Anhänger, großenteils auch frühere Mitglieder des Adels, Offiziere des Zaren, Fabrikanten und Gutsbesitzer, waren als hohe Beamte fast in allen Zweigen der Institute für Erzeugung und Absatz der Nahrungsmittel untergebracht. Die Polizei behauptet, daß Ryalantzew ein Geständnis abgelegt hat, daß die Verschwörung von der Union Storage Company, einer britischen Schlachthausfirma, durch ihren Vertreter in Rußland, der Fothergill heißt, angezettelt und mit Geldmitteln versehen worden ist. Dem angeblichen Geständnis zufolge hat Ryalantzew selbst von Fothergill 10,000 Pfund Sterling erhalten.

Verschärfung der Notlage in Rußland. Die Ausmerzung von umfangreichen Mißbräuchen im System d. Nahrungsmittel-Rationierung, die erheblich zu der Verschärfung der Notlage der Bevölkerung beigetragen hatten, wurde von den Sowjetbehörden in Angriff genommen. Es wird geschätzt, daß in der Hauptstadt allein 300,000 mehr Lebensmittelkarten in Gebrauch sind, als der Bevölkerungszahl nach zulässig wäre. Das bedeutet, daß jeden Tag 300,000 Portionen aus den verfügbaren Vorräten an Brot, Fleisch und anderen Produkten auf ungesetzliche Art entnommen wurden und daß Zehntausende von Personen, welche berechtigt waren, leer ausgehen müßten. Die Notlage ist bereits soweit vorgeschritten, daß viele Frauen sich bereits am Abend „anstellten", um am nächsten Morgen, bei der Eröffnung der Ausgabestellen, mit unter den ersten zu sein.

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung wird sein, daß jeder zur Empfangnahme von Rationen berechtigte Einwohner einem bestimmten Laden zugeteilt wird. Es wird hierdurch ermöglicht, die Einkäufe jeder einzelnen Person zu überwachen, wodurch vermieden werden soll, daß Leute, die vielleicht ein Dutzend Lebensmittelkarten sich auf unrechtmäßige Weise verschafft hatten, in 12 verschiedenen Läden ihre Waren einkaufen konnten, ohne daß eine Kontrolle möglich war.

(Die russische Bevölkerung wird von den Sowjetbehörden auf Hungerrationen gesetzt, damit die Moskauer Machthaber das Ausland mit russischem Getreide überschwemmen können. Statt zuerst den inländischen Bedarf hinreichend zu decken, soll durch die russischen Ausfuhren dem Auslande eine gar nicht vorhandene Prosperität vorgeschwindelt werden. D. Red.)

Große Unruhen in Bombay. Das seit längerer Zeit stärkste Aufgebot von Wachtposten der indischen Nationalisten im Zusammenhang mit ihrer Ungehorsams-Kampagne führte vor dem Rathaus in Bombay, in welchem Wahlen für die gesetzgebende Versammlung abgehalten wurden, zu heftigen Zusammenstößen, in deren Verlauf 250 Personen, unter diesen viele Frauen, durch Knüttelhiebe der Polizei verletzt wurden.

Frauen waren die Anführer bei der Bewegung; nicht weniger als 382 wurden verhaftet, im Gegensatz zu nur 18 männlichen Arrestanten. Nachdem sie den Tag über im Gefängnis zugebracht hatten, wurden die Frauen freigelassen, die Männer blieben im Gewahrsam.

Aufrührerischen, die an die Unruhen bei der verbotenen Salz-Gewinnung erinnerten, folgten dem wiederholten Einschreiten der Konstablermannschaften, die den Platz von den Scharen zu säubern suchten, welche den Wählern den Zugang zu dem Stimmplatze zu verwehren suchten. Weibliche Freiwillige in orangefarbiger Kleidung spielten die Hauptrolle während die Abstimmung für die dem Bombay Distrikt zugeteilten drei Sitze im Legislativrat im Gange war. Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends kam es zu wiederholten Unruhen. Jedesmal säuberte die Polizei die Straßen von den neuen Aufgeboten der Nationalisten, Tausende an der Zahl; die meisten trugen Gandhi-Kappen.

Die neue Verordnung über die Wehrpflicht im Rätebund

Der Zentralvollzugsausschuß der Moskauer Räteregierung hat ein neues, vom Rat der Volkskommissare ausgearbeitetes Gesetz gutgeheißen, das die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht vorsieht.

Nach diesem Gesetz wird die aktive Heeresmacht durch das „Volk in Waffen" ergänzt. Alle Teile der Bevölkerung sollen gleichzeitig mit der Mobilisierung der Streitkräfte zu einem kriegsproduktiven Dienst herangezogen werden, der, neben aktiver Waffendienstleistung, in Arbeitsdienstpflicht bei den Industriewerken, in der Landwirtschaft usw. bestehen soll. Hand in Hand damit soll eine kein militärische Ausbildung gehen.

Bei den Studenten wird sich dieses Gesetz dahin auswirken, daß sie in Zukunft gleichzeitig mit ihrem Studium einen Militärpflichtkurs mitzumachen haben werden. Auch der Landbevölkerung soll weitgehende Unterweisung im Heeresdienst zuteilwerden. Das Gesetz sieht vor, daß Arbeiter der Kollektivwirtschaftsbetriebe, insbesondere in der Landwirtschaft, Führer von Traktoren, berufsmäßige Kraftwagenführer und einige andere Klassen von Arbeitern als unentbehrlich von der Militärdienstpflicht im Kriege enthoben werden können.

Zum Kapitel: Tschechisches Heldentum

Der Berliner „Tag" befaßte sich mit dem Typ des tschechischen Helden unter dem Titel „Schwejks komisches Ende" in einem Artikel, in dem es u. a. heißt: Der tschechische Drückeberger und Bewußter des österreichischen Militärs, ja des Militärs überhaupt erhielt seine Prägung in der Figur des „Schwejk". Alle Merkmale des tschechischen Drückebergersoldaten wurden zusammengezogen, ihnen mit Stil und Geist des Schriftstellers Leben eingehaucht und das Ergebnis „Schwejk" getauft. Zuerst war es eine Erzählung, dann wurde ein Film daraus, und schließlich kam es auf die Bretter. Piscator in höchsteigener Person bemühte sich, die tschechische Drückebergerfigur der großen Nachkriegswelt vorzuführen. Schwejks Weltruhm war geschickt, gehoben und gestärkt durch ein fremdes, in falschem, bös beabsichtigtem oder dumm bejahtem Pazifismus schwelgendes Publikum der Nachkriegsjahre.

Doch nun kam der zweite Akt: Dieselben Leute, die Schwejk Gestalt und Leben gaben, die mit Gift, Spott und Galle gegen den „Militarismus" zogen, hatten nun ihren eigenen Staat und mußten schließlich ihre Armee haben. So mancher Tscheche lernte das Schaudern, wenn er einem stillvergnügt grinsenden tschechischen Rekruten das Schwejkbuch aus der Hand riß. Es dauerte darum nicht lange, so wetterten die tschechischen Zeitungen gegen den Schwejkkult, verwiesen darauf, daß man nun selbst Soldaten erziehen müsse, die das eigene „Vaterland" zu verteidigen haben, und daß solcher Geist nicht in die Armee getragen werden dürfe. Der Ironie Gipfelpunkt: Das tschechische Dienstreglement ist fast zur Gänze vom alten österreichischen abgeschrieben, und die Strafbestimmungen über Drückebergerei und Ueberlaufen sind wörtlich dieselben wie zu Habsburgs Zeiten. Des Schützen Pfeil . . .

Aus Bukarest sendet man uns das Bukarester Tageblatt, das über die Memoiren des russischen Generals Sacharow berichtend mit der Frage schließt: Die tschechische Oeffentlichkeit hat bisher zu den genau belegten Anklagen Sacharows geschwiegen! Wird auch die Welt dazu schweigen? Oder hat der russische Ankläger nicht recht, zu schreiben: „Das Interesse der ganzen Welt fordert eine eindeutige Verurteilung des Verhaltens der Tschechen in Rußland. Geschieht das nicht, so bleibt in Europa ein Staat bestehen, der Mörder, Frauenschänder und Diebe nicht nur ungestraft beherbergt, sondern ihnen auch leitende Aemter überläßt und sie als Helden feiert."

Die größte Hängebrücke der Welt — ein Wunder der Technik

Mehr als 100,000 Meilen Draht sind in den vier Kabeln der größten Hängebrücke der Welt über den Hudson zwischen New York und New Jersey enthalten. Wenn die Brücke, die jetzt etwa halb vollendet ist, im Jahre 1932 dem Verkehr übergeben wird, so wird sie das lange vermißte Bindeglied zwischen dem nördlichen New Jersey und der Stadt New York und zwischen den atlantischen Staaten und Neuengland bilden.

Kabel von je drei Fuß Stärke überspannen den Hudson zwischen zwei großen Stahltürmen von je 635 Fuß Höhe. Jedes Kabel enthält 26,474 Drähte von der Stärke eines Bleistiftes, genug Draht, um halb bis zum Mond zu reichen. Es würde die Leistung von 2000 Lokomotiven erfordern, um eines der 4 Kabel zu zerreißen.

Selbst die 8,000,000 Autos, die in ihrem ersten Jahre die Brücke benutzen dürften, würden außerstande sein, wenn sie alle zu gleicher Zeit zögen, mehr als ein Drittel dieser Belastung zu erzielen.

Die Länge der Kabel schwankt recht erheblich mit der Temperatur. Bei 110 Grad Fahrenheit an einem warmen Sommertage sind sie drei Fuß und vier Zoll länger als bei zehn Grad über Null im Winter. Die einzelnen Drähte der Kabel wurden stets in der Nacht oder den frühen Morgenstunden eingefügt, wenn die Temperatur gleichmäßig war, als alle Drähte die gleiche Länge hatten.

Ein gewaltiger künstlicher Felsblock von 165,000 Kubikyard Zement, der an Größe mit den dicht in der Nähe befindlichen Wohnhäusern wetteifert, bildet die Verankerung für die Kabel am New Yorker Ufer des Hudson. Dieser Block wiegt 260,000 Tonnen.

Am anderen Ufer des Flusses sind die Kabel in den Felsen der Palisaden verankert.

Mehr als 40,000 Tonnen Stahl und über eine Million Nieten wurden bei dem Bau der Türme verwendet, die als außergewöhnlich schöne Beispiele des Stahlbaus angesehen werden. Aus diesem Grunde werden sie frei stehen bleiben und nicht in Beton eingegossen werden.

Zwei Bürgersteige und 4 Fahrbahnen für Fuhrwerke werden bei der Eröffnung der Brücke fertig sein. Später können, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, auf dem oberen Deck der Brücke noch weitere vier Fahrbahnen eröffnet werden, während der Bau eines zweiten Decks vier Schnellverkehrslinien in die Brücke aufnehmen würde. Die Brücke ist so konstruiert, daß sie diese Höchstbelastung sicher wird aufnehmen können. Das Unterdeck wird sich 213 Fuß über dem Wasserspiegel erheben.

Die Baukosten der Brücke betragen etwa $60,000,000, die aus Brückenzöllen bestritten werden sollen, die für etwa 20 Jahre bis zur völligen Rückzahlung der ausgegebenen Schuldverschreibungen erhoben werden dürften. Der Bau findet unter Aufsicht der Hafenbehörden von New York und einer gemischten Kommission der Staaten New York und New Jersey statt.

— Die weißen Ameisen sollen täglich 84,000 Eier legen. Wie gut ist es, daß sie dabei nicht gackern.

Wawanesa Mutual Insurance Co.
Canadas größte Feuer-Versicherung zu wirklich niedrigen Raten
Die „National comprehensive Accident and Sickness" Police schützt Ihr Einkommen gegen Verlust durch Krankheit oder Unfall.
Die Kosten sind so niedrig bemessen, daß jedermann dieser Versicherung beitreten kann.
Man wende sich an:
Fred Plattner
2077 Osler Str. Regina.

Der „rasende Mussolini" fährt 65 Meilen die Stunde

Rom, 27. Sept. — Es ist eine der Schwärmereien von Benito Mussolini, auf der Auto-Straße Rom—Ostia seinen Rennwagen in rasendem Tempo zu steuern, was in Italien allgemein ernste Sorge und Unwillen hervorruft. Die in der Stadt Cremona herausgegebene Zeitung „Regima Fascista" hat daher schon angeregt, dem Fahrer die Lizenz zu entziehen.

Die Handlungsweise des Premiers „ist unzulässig für einen Mann, der mit einer enormen Verantwortung belastet ist," sagt das Blatt. Gleichzeitig greift das Blatt andere Zeitungen an, weil sie dem „Duce" ein Loblied singen wegen seiner Leistungen im Schnellfahren.

„Was hat es für einen Sinn, Berichte über eine Erkrankung Mussolinis zu dementieren, wenn er sich durch sein Fahren fortgesetzt Konsequenzen aussetzt, die sich nicht von einer ernsten Erkrankung unterscheiden. Die kleinste Ursache kann das größte Unglück hervorrufen, wenn man mit einer Stundengeschwindigkeit von 65 Meilen fährt," führt die Zeitung weiter aus.

Unterstützen Sie, bitte, den „Courier" durch Empfehlung, Weitergeben der gelesenen Exemplare und durch pünktliche Bezahlung.